

Sessionsbericht

Nr.5 / Sommer 2021

Ihr EVP-Team im Nationalrat

Marianne Streiff BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 5
Nik Gugger ZH nik.gugger@parl.ch 079 385 35 35
Lilian Studer AG lilian.studer@parl.ch 076 575 24 77



Liebe Leserinnen und Leser

Ein bekannter Berner Kunstmaler sagte einst: «Ich suche die Medienpräsenz nicht aktiv. Freue mich jedoch, wenn sie von sich aus auf mich zukommen. Dann habe ich wohl einiges richtig gemacht». Wir drei EVP-Ratsmitglieder haben offenbar auch einiges richtig gemacht. Denn die Sommersession 2021 begann für uns mit einer Premiere. Jedes von uns drei EVP Ratsmitgliedern hatte in der ersten Sessionswoche einen Auftritt in einem Nachrichtengefäss des Schweizer Fernsehens SRF. Marianne im 10 vor 10 zu ihrer Motion «Geschichte der Frauen in der Schweiz sichtbar machen», Nik in der Rundschau zu den Folgen des Abbruchs der Verhandlungen zum Rahmenabkommen mit der EU und Lilian im 10 vor 10 zum CO₂ Gesetz. Das zeigt eindrücklich, dass unsere kleine Delegation in der Fraktion der Mitte nicht in deren Schatten operiert, sondern eigenständig wichtige EVP – Themen zu setzen weiss, die interessieren und

In diesem Bericht Seite:

Menschenhandel	2
Transparenz	2
Frauenmuseum	3
Bundesfinanzen	4
Waffenexporte	4
Finanzen / Klima	5
Pestizide MWST-Satz	5
BG Jugendschutz	6
Armeebotschaft	6
COVID-19 – Gesetz	7
Stabilisierung AHV	8
Neue Vorstösse	8



Fotos: PrintscreensSRF

herausfordern. Die EVP markiert nicht bloss, sondern sie hat ihr eigenes Profil gegenüber anderen Mitteparteien sichtbar geschärft. Die Session begann mitten in der Endphase des leidenschaftlich geführten Abstimmungskampfes zu den fünf Vorlagen vom 13. Juni 2021. Und auch der bundesrätliche Verhandlungsstopp zum Rahmenabkommen bewegte die Gemüter. Die wichtigen und vielfältigen Sessionsgeschäfte forderten indes von den Parlamentsmitgliedern volle Präsenz und Aufmerksamkeit. Gerne berichten wir hier über eine kleine Auswahl von Geschäften und wünschen euch gute Lektüre.

Menschenhandel

Medienberichten zufolge scheint die Umsetzung der beiden Nationalen Aktionspläne gegen Menschenhandel zu versanden. Marianne wollte deshalb in der Fragestunde vom Bundesrat wissen, welche Wichtigkeit er den darin geforderten Massnahmen zur Verbesserung der Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz potenzieller Opfer in der Schweiz noch beimisst. In der Antwort von Bundesrätin Keller-Suter hiess es, die Umsetzung des 2. Nationalen Aktionsplans werde zurzeit von fedpol evaluiert, dabei würden auch Expertinnen und Experten wie die Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) beigezogen. Es zeichne sich ab, dass «die Mehrheit der insgesamt 28 Massnahmen des NAP umgesetzt werden konnte», so die Bundesrätin. Die beigezogenen Fachleute wie die FIZ, sehen das jedoch anders: Rund die Hälfte der Massnahmen, so ihre Stellungnahme in den Medien, werde ihrer Einschätzung nach nicht umgesetzt. Das Justizdepartement lasse Projekte, die über Jahre gemeinsam erarbeitet worden seien, einfach versanden oder schwäche die Massnahmen so weit ab, dass sie den Opfern kaum noch etwas bringen würden. Wir sind gespannt auf den Evaluationsbericht.

Transparenz

Endlich ein Historischer Durchbruch in Sachen Transparenz der Politikfinanzierung.

Wir freuen uns sehr, dass die Mehrheit beider Räte dem griffigen Gegenvorschlag zur Transparenzinitiative zugestimmt haben. Damit ist die erste schweizweite Transparenzregelung auf der Zielgeraden. Der Vorschlag sieht diverse Offenlegungspflichten und Kontrollmechanismen für Spenden an Wahl- und Abstimmungskämpfe vor. Wir von der EVP haben von Anfang an konsequent sowohl die Initiative und nun auch den erreichten Kompromiss unterstützt.

«Wir sind froh, dass das Parlament sich zu den nun gefundenen Kompromissen durchringen konnte», freut sich Marianne, Mitglied des Co-



Foto : pixabay.com



Foto: Transparenz-Initiative

Präsidiums des Trägervereins der Initiative. Der Gegenvorschlag sieht zwar vor, dass Spenden an Wahl- und Abstimmungskämpfe künftig erst ab 15'000 Franken offengelegt werden müssen - die Initiative hatte einen Schwellenwert von 10'000 Franken gefordert. Kontrollen sollen sich lediglich auf Stichproben beschränken – auch das ein Kompromiss. Darauf einigten sich beide Kammern. Anfänglich jedoch hielt der Ständerat an der Forderung fest, dass die neue Regelung lediglich auf die Mitglieder des Nationalrates anwendbar sei. Schlussendlich jedoch stimmte er der Version des Nationalrates zu, welche die Gültigkeit für beide Räte beinhaltet. Die wesentlichen Forderungen des Trägervereins der Transparenz-Initiative sind somit erfüllt und die Initiative kann nun zurückgezogen werden.

[Link Votum Marianne >>>>](#)

Transparenz durch Bekanntgabe der Staatsangehörigkeiten

Zur Behandlung war auch die parlamentarische Initiative 18.406 von NR Kollege Chiesa traktandiert. Sie trägt den Titel: «Transparenz bei der Bekanntgabe der Staatsangehörigkeiten». Marianne hat sie als Kommissionssprecherin der Staatpolitischen Kommission im Ratsplenum vertreten. Doppelbürger im National- und Ständerat sowie im Bundesrat sollen ihre Staatsangehörigkeiten offenlegen müssen. In den Augen der Kommissionmehrheit ist die Pflicht zur Offenlegung aller Staatsangehörigkeiten Teil der Anforderungen eines transparenten und offenen Parlamentes und dient der Information der anderen Ratsmitglieder und der Öffentlichkeit. Es handelt sich um eine Angabe, die für die Wählerinnen und Wähler ebenso von Interesse sein kann wie beispielsweise die Informationen zum Beruf oder zu den Funktionen in Führungsorganen von schweizerischen und ausländischen Unternehmen, Einrichtungen oder Stiftungen. Der Nationalrat folgte als Erstrat der Empfehlung der Kommissionmehrheit und stimmte der Vorlage mit 115 zu 64 Stimmen bei einer Enthaltung zu.

[Link Votum Marianne >>>](#)

Geschichte der Frauen in der Schweiz

Erfolg für Mariannes Motion «Die Geschichte der Frauen in der Schweiz soll in einem nationalen Museum sichtbar werden»! Der Nationalrat hat den Vorstoss mit 94 Ja- und 81 Nein-Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat wird beauftragt, ein Konzept für ein «Haus der Frauen: gestern – heute – morgen», ein «Frauenmuseum» oder ein «Haus der Frauengeschichte» ausarbeiten zu lassen. Das Konzept soll Vorschläge zur Darstellung der Geschichte, Stellung und Rolle der Frauen in der Schweiz beinhalten sowie finanzielle, räumliche und betriebliche Rahmenbedingungen enthalten. «Geschichte wurde in der

Entdeckt:



Sowohl im Vereinsvorstand wie auch als aktive Fussballerin ist Lilian beim FC Helvetia mit viel Einsatz dabei. Das erste Trainingsspiel gegen den FC Wiler hat die Frauenfussballmannschaft des Nationalrates mit 4:2 schon gewonnen.



Foto: pixabay.com

Vergangenheit grösstenteils von Männern über Männer geschrieben. Die Schweiz ist keine Vorreiterin in Sachen Frauenrechte, und bis heute fehlt ein nationales Zentrum mit weiblichen Perspektiven in der Aufarbeitung der Schweizer Geschichte. In der öffentlichen Wahrnehmung beginnt die politisch engagierte Frau erst ab 1971 eine Rolle zu spielen, es wird ignoriert, dass Frauen schon viel früher in Politik, Wirtschaft, Kunst und Kultur erfolgreich tätig waren» argumentierte Marianne in ihrem Votum vor dem Rat unter anderem. «Meine Motion will nicht, dass der Bundesrat ein Frauenmuseum gründet. Der Bund wird gebeten, seine Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, um unter Einbezug der interessierten Kreise ein professionelles Konzept zu erarbeiten. Eine konstruktive Mitwirkung des Bundes bei der Erarbeitung des Konzeptes würde die Chancen für eine anschliessende Verwirklichung wesentlich erhöhen», so Marianne weiter. Die Motion entstand durch die Anregung einer EVP-Frau. Wir freuen uns, wenn ihr uns von der Basis her konkrete Ideen mitteilt!

[Link Votum Marianne >>>>](#)

Bundesfinanzen

Der Nationalrat hat elf Nachtragskredite und drei Nachmeldungen zum Voranschlag 2021 von insgesamt 3,8 Milliarden Franken gutgeheissen. Das Geld wird vor allem für Massnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie benötigt, unter anderem für die «Testoffensive» der Kantone. Den letzten Nachtragskredit reichte der Bundesrat erst am 2. Juni ein. Deshalb musste der Nationalrat über einen höheren Betrag befinden als der Ständerat, der das Geschäft vergangene Woche beraten hatte. Der Ständerat hatte 2,4 Milliarden Franken bewilligt. Die Nachtragskredite sind mit dem Entscheid des Nationalrats erledigt. Die Nachmeldungen gehen an den Ständerat. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat der Staatsrechnung 2020 zugestimmt. Die Rechnung schloss mit einem Rekorddefizit von knapp 16 Milliarden Franken. Ohne Ausgaben im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie hätte das Defizit in der ordentlichen Rechnung 1,2 Milliarden Franken betragen. Das Geschäft ist erledigt.

Waffenexporte

Hier handelt es sich um ein Geschäft, das im Ständerat behandelt und verabschiedet wurde. Wenn wir in diesem Sessionsbericht darüber schreiben, dann vor allem, weil sich die EVP an vorderster Front für die Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrekturinitiative)» eingesetzt hat und sich nun sehr freut über das Ergebnis im Ständerat. Dieser hat in der ersten Sessionswoche zwar die Volksinitiative mit 30 zu 13 Stimmen zur Ablehnung empfohlen, jedoch dem



Foto: pixabay.com

indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats mit 30 zu 11 Stimmen zugestimmt. Mit einer Mehrheit bestehend aus Ständerätinnen und Ständeräten von SP, Grüne und Mitte wurde die Vorlage in einem für die EVP sehr wichtigen Punkt deutlich verschärft: Eine Ausnahmeregelung für den Bundesrat wurde - knapp mit 22 zu 20 Stimmen bei 2 Enthaltungen - gestrichen. Mit dieser Entscheidung ist der Ständerat den Initianten weit entgegengekommen. Das Geschäft geht nun an den Nationalrat.

Finanzsystem und Klima

Eine Motion, die wir unterstützen fordert, dass Gesetze und Verordnungen, die die treuhänderische Pflicht der Schweizer Finanzakteure regeln, so angepasst werden sollen, dass die Berücksichtigung der Klimarisiken explizit zur treuhänderischen Pflicht gehört. Als Schweizer Finanzakteure gelten Banken, Versicherungen, Pensionskassen und sonstige Vermögensverwalter.

Im internationalen Vergleich hat die Schweiz aufzuholen, insbesondere zur EU-Praxis. In der Theorie müssten Klimarisiken von Finanzdienstleistern bereits heute berücksichtigt werden, doch in der Praxis sehen sie viele nicht als relevante finanzielle Risiken. Das hat schwerwiegende, zukünftige Einbußen zur Folge. Es geht dabei nicht nur um den Umweltschutz, sondern auch um einen nachhaltigen und stabilen Finanzmarkt. Die finanzwissenschaftliche Gemeinschaft ist sich heutzutage einig, dass die langfristigen Auswirkungen des Klimawandels auf die Finanzmärkte nicht mehr wegzureden sind, und finanzielle Risiken aufgrund des Klimawandels eine Realität darstellen. Die aktuell ungenügende Berücksichtigung von Klimarisiken führt dazu, dass Kundinnen und Kunden aufgrund fehlender Informationen keine ausreichende Entscheidungsgrundlage und entsprechend keine autonome Entscheidungsgewalt über ihr eigenes Vermögen haben. Diesem Problem will die Motion mit entsprechenden kleinen Gesetzesanpassungen begegnen. Mit einer knappen Mehrheit von 96 zu 86 Stimmen bei 3 Enthaltungen nahm der Nationalrat die Motion an, die nun in den Ständerat kommt. Wir hoffen, dass der Ständerat die Klimarisiken auch als echte Gefahr empfindet und ebenfalls zustimmt.

Pestizide sind dem normalen Mehrwertsteuersatz zu unterstellen

Synthetische Pestizide haben einen Mehrwertsteuersatz von 2.5 Prozent. Das sind 5 Prozent weniger als der Normalsatz. Diese Sonderbehandlung stammt aus dem Jahr 1995, als Lebensmittel und Pestizide vom Normalsatz befreit wurden, nicht zuletzt, um die einheimische Produktion anzuregen und unsere Landwirtschaft zu erhalten. Dies ist



Foto: Umwelt Bank



Foto: pixabay.com

ein erstrebenswertes Ziel. Doch synthetische Pestizide bewirken langfristig das Gegenteil. Sie belasten nicht nur unsere Gesundheit, sondern auch die Böden und Gewässer, also die Grundlagen der Nahrungsmittelversorgung. In dem Sinne ist ihre steuerliche Privilegierung völlig unverständlich. Eine Motion von Kathy Ricklin, die von Nik übernommen wurde, will dies ändern. Die Motion zielt nicht primär auf die landwirtschaftliche Produktion ab. Es werden Mehreinnahmen aus der Landwirtschaft von rund 2 Millionen erwartet, was relativ wenig ist. Die Motion zielt vorrangig auf teurere synthetische Pestizide für Hobbyanwenderinnen und -anwender ab, sodass die biologischen Pestizide auf dem Markt attraktiver werden. Sie ist deshalb geeignet, eine Verhaltensänderung bei den Konsumentinnen und Konsumenten herbeizuführen. Dies würde schätzungsweise eine Erhöhung der Staatseinnahmen von 5 Millionen Franken aus der Hobbybranche bewirken. Dabei ist der geringere Konsum synthetischer Pestizide bereits eingerechnet. So erhält die Schweiz Steuereinnahmen und zusätzlich wird weniger schädliches Pestizid verwendet. Der Nationalrat hat die Motion mit 119 zu 61 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Wir freuen uns über diesen Ausgang und hoffen, dass nun der Ständerat auch zustimmt.

[Link Votum Nik >>>>](#)

Bundesgesetz Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele

Es ist heutzutage für Eltern sehr schwierig, ihre Kinder und Jugendlichen im Internet zu schützen. In jedem Haushalt gibt es etliche digitale Geräte und das Internet ist überall zugänglich. Die Filme werden immer brutaler und Minderjährige spielen immer früher Videospiele, deren Altersbeschränkung ihr eigenes Alter weit überschreiten. Das neue Bundesgesetz will dem entgegenreten. Es will Minderjährige vor Inhalten schützen, die ihre körperliche, geistige, psychische, sittliche oder soziale Entwicklung gefährden. Wir sind der Meinung, dass das ein wichtiger Schritt für die sichere und gesunde Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen ist. Insbesondere bei Szenen von Gewalt oder Sexualität ist es äusserst wichtig, dass die Altersbeschränkungen geeignet sind und durchgesetzt werden. Aus Zeitgründen musste dieser Vorstoss in der Frühjahrsession leider verschoben werden. In der Sommersession wurde die Debatte nun weitergeführt. Es gab eine Diskussion über die genauen Formulierungen und Bestimmungen. Doch nun konnte die Debatte endlich mit Erfolg abgeschlossen werden. Das neue Bundesgesetz nimmt nicht nur die Eltern in die Verantwortung, sondern auch die Anbieterinnen und Anbieter solcher Medien. Sie werden verpflichtet, in der ganzen Schweiz einheitliche Alterskennzeichen durchzusetzen, wie es auch in der EU der Fall ist. Der Nationalrat hat das neue Gesetz mit

112 zu 74 Stimmen angenommen. Als nächstes wird der Ständerat darüber abstimmen.

Armeebotschaft 2021

Die Armeebotschaft 2021 ist ein wichtiger Schritt zur Modernisierung unserer Armee. Über die Einzelheiten gab es mit zahlreichen Voten und Abstimmungen eine rege Debatte. Der Gesamtumfang beträgt 2.3 Milliarden Franken. Vor allem die Grünen und die Linke wollten diesen Betrag kürzen, scheiterten jedoch damit. Ausserdem wurde diskutiert, ob der Staat und die Armee ihren Fokus angesichts der Covid-19-Pandemie nicht auf andere Bedrohungen lenken sollte. Doch am Ende konnten sich fast alle einigen. Nun können zum Beispiel endlich auch die Panzersappeure ihre Schützenpanzer aus den 1960er-Jahren mit einem modernen, in der Schweiz hergestellten Radpanzerfahrzeug ersetzen. Diese Modernisierung ist mit ungefähr 360 Millionen nicht billig, jedoch dringend notwendig. Ein weiterer Punkt ist die Investition in den Cyber-Schutz, bei dem die Schweiz besonders verletzlich ist. Die Verteidigung geschieht in der Luft, am Boden und im Cyberraum. Deshalb soll ein Operationszentrum für Cybersicherheit geschaffen werden. Zudem orientiert sich das VBS bei den Gebäudesanierungen nun konsequent am Minergie-Standard. Während Bundesrat und Parlament mit dem CO₂ Gesetz an der Urne leider zurück auf Feld 1 geworfen wurden, trägt die Armee still und stetig ihren Teil zum Schutz des Klimas bei. Die EVP hat in diesem Jahr deshalb besonders gerne dazu beigetragen, dass die Armeebotschaft im Nationalrat klar angenommen wurde. Bei der Gesamtabstimmung gab es bei 6 Enthaltungen 150 Stimmen dafür, und lediglich 33 Stimmen dagegen.

COVID 19 – Gesetz

Die Erwerbsausfallentschädigung wird bis Ende 2021 verlängert. Dies hat das Parlament auch mit unserer Unterstützung entschieden. Zudem wurde die gesetzliche Obergrenze für A-Fonds-perdu-Beiträge an Sportklubs der professionellen und semi-professionellen Ligen aufgehoben. Die Gesetzesänderungen schaffen die Sicherheit, dass die genannten Hilfen nicht abrupt beendet werden müssen, falls sie dennoch weiterhin benötigt würden. Zudem ergänzte das Parlament das Gesetz mit einer Verlängerung der Kulturhilfen bis Ende April 2022. Auch die erhöhte Kurzarbeitsentschädigung für tiefe Einkommen will er noch bis Ende Jahr gewähren. Zu reden gaben im Rat vor allem von der SVP geforderte Lockerungsmassnahmen. Die Vorlage geht wieder an den Ständerat.

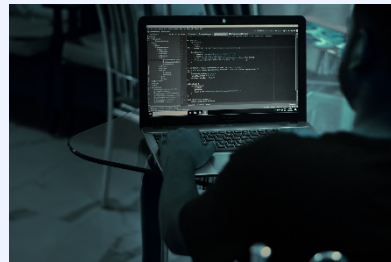


Foto: pixabay.com

Ja zur Stabilisierung der AHV (AHV 21)

Der Nationalrat hat mit unserer Unterstützung die Stabilisierung der AHV gutgeheissen. Handeln müssen wir, wir haben eine Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen und schlussendlich wird es nicht ohne Kompromiss eine Lösung geben. Dies ist unsere Haltung. Der Erhöhung des Rentenalters für Frauen von 64 auf 65 Jahre haben wir deshalb zugestimmt. Genau genommen spricht man von einem Referenzalter, da eine Flexibilisierung des Rentenbezugs ab 63 bis 70 Jahren möglich sein wird. Die Erhöhung des Rentenalters ist ein wichtiger Teil, um das finanziell angeschlagene Sozialwerk in den nächsten Jahren auf stabile Füsse zu stellen. Allerdings wird ein beträchtlicher Teil der finanziellen Entlastung wieder für Ausgleichsmassnahmen für die Frauen gebraucht. Die nationalrätliche Version sieht einen Ausgleich vor, der sechs Jahrgänge von Frauen betrifft, die bei Inkrafttreten des Gesetzes pensioniert werden, der Ständerat wollte neun Jahrgänge berücksichtigen. Für diese Jahrgänge gibt es Rentenzuschläge, was gerade für Frauen mit tieferen und mittleren Löhnen wichtig ist. Bei einem massgebenden durchschnittlichen Einkommen von bis zu 57'360 Franken soll es 150 Franken pro Monat geben. Bei bis 71'700 Franken Einkommen sollen es 100 Franken sein und bei höheren Einkommen noch 50 Franken. Den meisten Frauen dieser Übergangsjahrgänge, die ihre Rente bis zu drei Jahre im Voraus beziehen, wird die Rente mit der nationalrätlichen Version weniger gekürzt als es der Bundesrat möchte. Eine Einigung muss zwischen Stände- und Nationalrat nun gefunden werden. Ein weiterer Teil zur finanziellen Sicherung ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Laut Nationalrat sollte diese um 0,4 Prozentpunkte erhöht werden. Der Ständerat hat 0,3 % vorgeschlagen, der Bundesrat 0,7 %. Dieser Punkt ist nach der nationalrätlichen Debatte auch noch nicht geklärt. Nun ist wiederum der Ständerat an der Reihe. Bei Annahme der Vorlage, die frühestens 2022 in Kraft tritt, müsste der Bundesrat bis Ende 2026 eine neue Vorlage zur Stabilisierung der AHV ab 2030 vorlegen.

In dieser Session eingereichte Vorstösse:

Marianne Streiff

Fragestunde:

- «Nationale Aktionspläne gegen Menschenhandel» → [Link Vorstoss](#)

Nik Gugger

Fragestunde:

- «Verharmlost der Bundesrat die Wirkungen des Pestizids Mancozeb, kurz vor einer wichtigen Abstimmung?» → [Link Vorstoss](#)

- «Werden auf Grund von spezifischen Anwendungsvorschriften für Insektizide nachtaktive Bestäuberinsekten explizit gefährdet?» → [Link Vorstoss](#)

- «Gasversorger» → [Link Vorstoss](#)

- «Was genau bedeutet "reproduktionstoxische und endokrinschädliche Eigenschaften" im Falle des Pestizids Mancozeb?» → [Link Vorstoss](#)



Foto: pixabay.com

Motion:

- «Soziale Unternehmen fördern» → [Link Vorstoss](#)

[Link Vorstösse Marianne >>>](#)

[Link Vorstösse Nik >>>](#)

[Link Vorstösse Lilian >>>](#)

Wir wünschen euch eine schöne, entspannte und gesegnete Sommerzeit!



Foto: Rebekka Suter

Impressum:
Verfasst und gestaltet von
Marianne Streiff
Nik Gugger
Lilian Studer

Versand: Geschäftsstelle
der EVP Schweiz

